



**Freche Plünderung unserer
Sparbücher durch die
Europäische Zentralbank (EZB)!
Wehren wir uns doch!**

**Dr. Kurt Traar
Wien, Februar 2020**

1. Warum ist es so weit gekommen?

Unsere Sparguthaben schmelzen dahin wie der Schnee in der Frühlingssonne. Für das Alter vorsorgen zu können, ist nicht mehr möglich. Daher haben viele Menschen Angst vor einer drohenden Altersarmut.

Die Leitzinsen der Europäischen Zentralbank (EZB) wurden inzwischen im Minusbereich festgezurr.

Einzelne Kreditinstitute in Deutschland verrechnen für Sparguthaben bereits Minuszinsen. D.h. am Jahresende steht dann auf dem Kontoauszug ein niedrigerer Betrag als zu Jahresbeginn. Und in Österreich werden die „Minuszinsen“ in den erhöhten Kontoführungsgebühren versteckt. Was aber zum gleichen Ergebnis führt!

Eine weitere Fahrt der Minuszinsen nach unten ist zu erwarten. Wo liegen ihre psychologischen Grenzen: **bei minus(!) ein, zwei, drei oder sogar mehr Prozent?** Auch eine rasante Zunahme der Inflationsrate ist wahrscheinlich.

Durch diese Doppelschere von Minuszinsen und Inflation kann es dann sehr schnell zu einer totalen Enteignung unseres Geldvermögens kommen.

Die beiden Deutschen, Marc Friedrich und Matthias Weik, erwarten bereits für die nächsten(!) Jahre einen totalen Zusammenbruch unseres Wirtschafts- und Finanzsystems, wie sie es in ihrem Bestseller „Der größte Crash aller Zeiten“ detailliert ausleuchteten.

2. Wie kam es aber dazu, dass die Leitzinsen seit 2008 kontinuierlich gesenkt wurden?

Es gibt einfach zu viel Geld. Aber nicht deshalb, wie viele Ökonomen fälschlicherweise behaupten, dass zu viel gespart werde. Die Brutto-Sparquote ist nämlich in Österreich um **22 Prozent** von 17,5 % im Jahr 2008 auf 13,6 % 2019 gesunken. Eine Brutto-Sparquote sagt nämlich aus, wieviel Prozent des jährlichen Einkommens wir Österreicher zur Seite legen, um zu sparen.

Die Ursache ist vielmehr im billigen Geld der Europäischen Zentralbank (EZB) zu suchen. Im Euro-Raum vergibt die EZB Kredite an die Banken. Und die Leitzinsen sind jener Preis, zu dem sich die Kreditinstitute bei den Zentralbanken mit frischem Geld versorgen können.

Jegliche Veränderung der Leitzinsen durch die Notenbanken ist für die einzelnen Volkswirtschaften ein eindeutiges Signal:

- Ein Senken verbilligt die Kredite, verbessert die Terms of Trade beim Export (d.h. die Exporte werden billiger, die Importe aber teurer) und führt zum Rückgang der Zinssätze beim Sparen.
- Und genau die umgekehrte Wirkung entfaltet eine Erhöhung der Leitzinsen.

Die 2008 ausgebrochene Finanzkrise veranlasste unisono die Notenbanken der wichtigsten Volkswirtschaften der Erde ihre Leitzinsen praktisch gegen Null zu senken. Damit sollte der Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems abgewendet werden.

Die Euro-Krise (vor allem in Griechenland) kam hinzu. Und die Notenbanken drückten die Zinsen weiterhin nach unten – und sogar bis in den Minusbereich hinein.

Diese unheilvolle Entwicklung der Leitzinsen soll am Beispiel der Europäischen Zentralbank (EZB) veranschaulicht werden: von + 3,25 % 2008 auf – 0,5 % im Jahr 2019.

Auch Nicht-Euro-Länder wie die Schweiz (zur Stützung ihres Exportes), Schweden wie auch Japan lösten eine Abwärtsspirale in den Minusbereich aus. Nicht aber die Volksrepublik China, deren Leitzins im September 2019 bei + 4,2 Prozent lag.

Die EZB verfolgte damit das Ziel einer Belebung der Wirtschaft und um die Zahlungsunfähigkeit der südlichen Länder der EU zumindest aufzuschieben. Aber für wie lange?

Beides ist vorläufig gelungen. Nach einer leichten Belebung der Wirtschaft hätten aber die Leitzinsen wieder erhöht werden müssen. Spätestens ab dem Jahr 2015! Was aber im Euro-Raum unterblieb, um einzelne Staaten nicht in die Insolvenz zu treiben.

Die Notenbanken zweier Länder wählten aber einen anderen Weg:

- Die FED-USA hat inzwischen bis 2019 den Leitzins wieder auf + 2,5 % angehoben.
- Und die norwegische Notenbank auf + 1,5%. Mit dem Erdölsektor und ihm nachgelagerten Industrien verfügt aber Norwegen über einen Hebel, den andere Länder nicht haben.

3. Wo sind die Profiteure der Nullzinspolitik der EZB zu finden?

Die Flut billigen Geldes der EZB brach alle Dämme und bahnte sich neue Wege mit ungeahnten Folgen.

Inzwischen sind weltweit Nicht-Finanzunternehmen mit 73 Billionen US-Dollar verschuldet, Staaten mit 67 Billionen, Finanzunternehmen mit 60 Billionen und private Haushalte mit 47 Billionen. In all diesen Sektoren war in den letzten zwanzig Jahren eine über 200-prozentige Steigerung zu verzeichnen.

Apropos Staaten:

Zwei Streiflichter sollen den Irrsinn illustrieren:

- Selbst der Pleitestaat Griechenland konnte jüngst Staatsanleihen mit Negativzinsen auf dem internationalen Anleihemarkt platzieren. D. h. der griechische Schuldner muss weniger zurückzahlen als er aufgenommen hat. Und dies nachdem 2012/2013 griechische Staatsanleihen von internationalen Ratingagenturen wie Standard & Poors noch mit der Kategorie D (Ramschniveau) und dementsprechend hohen Zinsen von sieben Prozent p.a. bedacht wurden. Bereits nach zehn Jahren hätte sich bei einem solchen Zinssatz die Kreditsumme verdoppelt.

Wie konnte es aber dazu kommen? Die Europäische Zentralbank hat einen „Blankoscheck“ ausgestellt und übernimmt wie bisher jegliche Haftung bei einem allfälligen Zahlungsausfall. „Die EZB wird's schon richten, sie kennt ja ihre Pflichten.“ - so oder ähnlich lautete eine Zeile eines populären Liedes aus der Nachkriegszeit. Nur mit dem Unterschied: anstatt EZB war „der Papa“ zu hören.

Bei Kreditzinsen von 2007 würden gleich mehrere mediterrane Länder der EU in die Insolvenz schlittern!

- Aber auch die Nordlichter im Euro-Raum profitieren ungemein davon. Der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ (Nr. 48, 28. 11. 2019) war zu entnehmen, dass in Deutschland – Berechnungen der deutschen Bundesbank zufolge - Bund, Länder und Gemeinden 2018 55 Milliarden Euro weniger bezahlt haben als sie bei einem Zinsniveau von 2007 hätten bezahlen müssen.

Und für Österreich dürfte derzeit die jährliche Zinersparnis bei sechs Milliarden Euro liegen, da das damalige Zinsniveau etwas höher als in Deutschland lag.

Apropos Unternehmen:

Die EZB kaufte auch Unternehmensanleihen im großen Stil auf. Dr. Tassilo Wallentin spricht in einem Beitrag in der Sonntags-Kronenzeitung - 2019 - von 2.500 Milliarden Euro, die von der EZB im Rahmen eines Anleihen-Aufkaufprogrammes für Staaten, Banken und Unternehmen bereits ausgegeben wurden. Und dafür hatten letztlich die Euro-Staaten. Also wir alle!

Konzerne wie Feltrinelli oder Benetton kommen dadurch zu billigem Geld und können vermutlich nur so überleben.

In der Zwischenzeit muss bereits jedes zehnte Unternehmen im Euro-Raum als eine „Zombiefirma“ charakterisiert werden. Darunter versteht man ein mindestens zehn Jahre altes Unternehmen, dessen Renditen geringer als die Zinssätze für Kredite im Jahr 2007 sind. Nur die niedrigen Zinsen für Kredite sichern sein Überleben. Und die „Zombiefirmen“ bedrohen mit ihrer ruinösen Preispolitik die gesunden Unternehmen.

Das meiste billige Geld fließt aber in die Finanz- und nicht in die Realwirtschaft. Dies ist eine der Erklärungen dafür, warum es der EZB-Geldschwemme mit Nullzinsen zum Trotz zu keiner nachhaltigen Belebung der Wirtschaft kam.

Apropos Immobilienblase:

Laut einer Analyse der Oesterreichischen Nationalbank (OENB) zufolge fällt der Großteil der Unternehmenskredite auf das Grundstücks- und Wohnungswesen. Dies gilt auch für die privaten Haushalte. Sind doch innerhalb der letzten zehn Jahre die Zinssätze für private Wohnungskredite von 5,5 % auf 1,6 % p.a. gefallen.

Ein Eigenkapitalanteil (früher bis zu 30 Prozent) wird vielfach nicht mehr eingefordert.

Ein Beispiel aus dem Jahr 2019 mag dies illustrieren: Kauf einer 100 qm Eigentumswohnung im Wiener Bezirk „Mariahilf“, Darlehen in der Höhe von € 300.000,--, Laufzeit 30 Jahre und monatliche Tilgungsrate € 1.050,--. Es wurde kein Eigenkapitalanteil verlangt. Stattdessen hat die fast 60-jährige Mutter, die als Selbstständige tätig ist, die Bürgschaft übernommen. In den meisten Fällen wird aber der Abschluss einer Lebensversicherung als ausreichend angesehen. Eine Eintragung ins Grundbuch ist aber obligatorisch.

Da sich anderswo kaum mehr eine Rendite erzielen lässt, werden Anlegengelder in neue frei finanzierte Wohnungen oder andere Immobilien gesteckt.

Vielfach aber nur zur Vorsorge ohne persönlichen Wohnbedarf und auch nicht unbedingt zur Vermietung bestimmt.

Der mit zinsgünstigen Krediten finanzierte Kauf von Immobilien sei für die Jungen die neue „coole“ Sparform. So tönt vollmundig die Werbung unserer Kreditinstitute.

Hierbei wird allerdings übersehen, dass die Null- bzw. Minuszinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) nicht nur langfristig die Sparguthaben der Alten vernichtet, sondern irgendwann wird auch bei uns - wie in den USA 2008 – die Immobilienblase platzen. **Dann haben beide Generationen die „Arschkarte“ – nämlich kein Geld und auch keine Immobilie!**

4. Wo sind die Leittragenden zu suchen?

In Österreich belaufen sich die von der Einlagensicherung bis zu € 100.000,-- erfassten Sparguthaben auf die stolze Summe von ungefähr 220 Milliarden Euro. Im letzten Jahrzehnt mussten die österreichischen Sparer einen Kaufkraftverlust von ungefähr 25 Milliarden Euro hinnehmen.

Dieser Kaufkraftschwund soll an einem konkreten Beispiel veranschaulicht werden: Wenn beispielsweise ein Sparefroh im Jahr 2009 € 10.000 eingezahlt hatte, dann wurden ihm zehn Jahre später – im Jahr 2018 – Zinseszins € 10.459,-- ausbezahlt. Der durchschnittliche jährliche Zinssatz – und zwar KEST.-bereinigt – betrug 0,45 %. 2009: 1%, 2015: 0,5 % und 2018: 0,3 %.

Im Jahr 2019 konnte man mit diesen nominalen € 10.459,-- nur mehr Waren im Wert von € 8.546,-- kaufen bzw. Dienstleistungen in Anspruch nehmen.

Der Kaufkraftverlust betrug 18 Prozent (ungefähr einem Fünftel). Wie ist dies zu erklären? Bei einer angenommenen jährlichen Teuerungsrate von ungefähr zwei Prozent und einer Null- bzw. sogar Minuszinspolitik der EZB kommt es bei den Sparguthaben zu einer zunehmend schleichenden Verringerung der Kaufkraft.

In weiteren zehn Jahren (also 20 Jahre nach 2008) werden die Kaufkraftverluste bei den zu erwartenden Nullzinsen als Dauerbrenner und einer Inflationsrate von nicht mehr als zwei Prozent stolze 33 Prozent (einem Drittel) betragen. Und im Jahr 2038 (dreißig Jahre nach dem Crash des Finanzsystems) dürfen wir dann die Halbierung unseres Sparvermögens feiern!

Entwicklung unserer Sparguthaben zwischen 2009 und 2038 - nominal und real -			
	Sparkonto Nominal – in €	Kaufkraft Real – in €	Kaufkraftverlust – in Prozent -
10 Jahre später:			
2009 - 2018	10.459 €	8.546 €	- 18 %
20 Jahre später:			
2009 - 2028	10.459 €	6.983 €	- 33 %
30 Jahre später:			
2009 - 2038	10.459 €	5.705 €	- 45 %

Gibt es bei den Leitzinsen eine psychologische Grenze nach unten: **bei minus(!) ein, zwei, drei oder sogar mehr Prozent?** Eigentlich nicht!

Die dann einsetzende Flucht ins Bargeld wird aber die EZB zu verhindern wissen. Es liegen bereits konkrete Pläne vor, eine „Bargeldsteuer“ einzuhoben: entweder durch unterschiedliche Wechselkurse für Bargeld und elektronischem Geld oder durch eine unterschiedliche Preisauszeichnung für Waren und Dienstleistungen bei Bargeld- bzw. elektronischer Zahlung.

Die unsozialen Maßnahmen der EZB werden zu einer Verarmung im Alter führen, zumal der Aufbau einer Altersvorsorge nicht mehr möglich sein wird.

Dies sei wiederum an einem kleinen Rechenbeispiel augenfällig demonstriert: Wieviel muss ein besorgter Bürger unseres Landes bei einem Zinssatz von null Prozent bis zu seinem 65. Lebensjahr monatlich einzahlen, um danach 30 Jahre lang eine monatliche Zusatzpension in der Höhe von € 500,-- (reale Kaufkraft) zu beziehen?

Ein- und Auszahlungen bei einem Nullzinssatz und zwei Prozent Inflationsrate jährlich

Ab dem 25. Lebensjahr: Man muss 40 Jahre lang monatlich € 742 einzahlen, um danach 30 Jahre lang monatlich € 500,-- zu beziehen.

Ab dem 35. Lebensjahr: Man muss 30 Jahre lang monatlich € 906 einzahlen, um danach 30 Jahre lang monatlich € 500,-- zu beziehen.

Ab dem 45. Lebensjahr: 20 Jahre lang monatlich € 1.241 einzahlen, um...

Ab dem 55. Lebensjahr: 10 Jahre lang monatlich € 2.258 einzahlen, um ...

(entnommen aus: Der Spiegel „Wenn Sparen arm macht“, Nr. 46/9.11.2019)

5. Gibt es Strategien gegen die Plünderung unserer Sparguthaben?

Beginnen wir mit den Sparzinsen: In Deutschland (0,14% p.a.) und in Österreich (0,15 % p.a.) werden eine der niedrigsten Sparzinsen des Euro-Raumes gezahlt.

In der Slowakei sind es aber 0,82 % p.a., in Estland 0,84 % p.a. und in Frankreich sogar 0,95% p.a. Sogar im maroden Griechenland werden 0,45 % p.a. Sparzinsen verrechnet. Alle zum Stand September 2019.

In Frankreich kommt dieser relative hohe Zinssatz aber nur Franzosen zugute. Ein solches semistaatliche Sparbuch, das „Livret A“, mit einem garantierten Zinssatz von 0,95 % p.a. gilt nur bis zu einer Einlagensumme von € 22.950,--. Man sagt, dass 60 Millionen Franzosen (praktisch alle) von dieser Sparform Gebrauch machen.

Nachahmenswerter Vorreiter bei der Rettung der Sparguthaben spielt aber der Inselstaat „Malta“.

Für seine älteren Bürger ab 62 Jahren werden Anleihen mit sage und schreibe drei Prozent garantierter Verzinsung p. a. ausgegeben. Die fünf Jahre laufenden Papiere dürfen aber weder verkauft noch übertragen werden.

Und Norwegen geht andere Wege: Das größte norwegische Kreditinstitut, die DNB-Bank, mit Schwerpunkt Schifffahrt und Fischerei lockt Investoren aus dem Euro-Raum an. Für eine Mindestanlage von € 500.000,-- werden Sparzinsen bis zu 2,4 % p.a. gewährt.

In Deutschland will man lediglich die Negativzinsen auf Sparguthaben, die in Österreich höchstgerichtlich verboten sind, aber über erhöhte Kontoführungsgebühren wieder hereingeholt werden, verbieten.

Und in Österreich wird hie und da die Abschaffung der Kapitalertragsteuer (KESt.) angedacht.

6. Wie die 5-Sterne-für-Österreich-Partei unsere Sparguthaben retten will

Vergleichbar mit der Arbeitnehmerveranlagung für Arbeitnehmer wäre eine eigene jährliche Sparzinsenrückerstattungsveranlagung zu initiieren.

Österreichische Staatsbürger, die auch in Österreich ihren Hauptwohnsitz haben, dürfen beim Finanzamt für Sparguthaben, die für ein Jahr veranlagt waren, eine Zinsgutschrift von zwei Prozent p. a. (KESt.-frei) einfordern.

Für Minderjährige, die über ein Sparguthaben verfügen, dürfen ihre Erziehungsberechtigten das Ansuchen einbringen.

Begrenzt wird diese Aktion mit € 50.000,-- pro Person!

Es versteht sich von selbst, dass in Zeiten wie diesen die Kapitalertragsteuer (KESt.) auf unbestimmte Zeit ausgesetzt werden soll.

Eine Alternative dazu wäre wie in Frankreich mit dem „Livret A“, wenn der österreichische Staat allen Bürgern seines Landes ein eigenes Sparbuch „Austria A“ bis zu einer Höchsteinlage von € 50.000,-- anbietet, das mit zwei Prozent Nettozinsen jährlich subventioniert wird.

Die jährliche Abrechnung würde in diesem Fall direkt über die Banken erfolgen. Nur diesmal geht der Zahlungsstrom in die andere Richtung wie bei der KEST. all die Jahrzehnte zuvor.

Mit welchen Kosten für die öffentliche Hand wäre bei der Realisierung einer der beiden Vorschläge zu rechnen? Exakte Zahlen können aber hierzu nicht vorgelegt werden!

Zwei Näherungsverfahren bieten sich aber an:

(1) Guthaben von verzinsten und unverzinsten Konten, Sparbüchern, Festgeldern von natürlichen und juristischen Personen sowie Bausparverträge bis zu € 100.000,-- werden von der Einlagensicherung (staatliche Garantie bei Zahlungsunfähigkeit eines Kreditinstitutes) erfasst.

Die garantierte und besicherte Einlagensumme lag Ende 2018 bei 218.733.000.000 Euro. Bei ungefähr: 220 Milliarden Euro. (Für Österreich entnommen und berechnet aus: Datenbank der EBA European Banking Authority)

Für die Berechnung der Kosten einer jährlichen Sparbuchzinsenrückerstattung sind drei Annahmen zu treffen:

(a) Anteil der Sparguthaben an den von der Einlagensicherung garantierten Geldern: 50 Prozent

(b) Anteil der privaten Spareinlagen davon: 50 Prozent

(c) Nur die Hälfte der Einlagensicherung (nämlich € 50.000,--) wäre davon betroffen: 50 Prozent

Höhe der privaten Spareinlagen mit einer 50.000 Euro-Begrenzung:

$0,50 \times 0,50 \times 0,50 \times 220$ Milliarden Euro = 27,5 Milliarden Euro

Geschätzte 27,5 Milliarden Euro wären von dieser Sparzinsenrückerstattungsaktion betroffen. Die zwei Prozent Zinsen davon führten zu einer jährlichen Budgetbelastung von ungefähr € 550 Millionen.

(2) Der Zeitschrift „Der Spiegel“ (Nr. 46, 9.11.2019) war zu entnehmen, dass Mitte des Jahres 2019 in Deutschland 582 Milliarden Euro auf Sparbüchern lagen. Davon entfielen 291 Milliarden Euro auf die privaten Haushalte.

Ein Durchschnittsdeutscher hat somit ungefähr € 3.600,-- auf der hohen Kante.

Wenn in Österreich acht Millionen Menschen (vergleichbar mit den 60 Millionen Franzosen, die ein „Livret A“ besitzen) ein solches Sparbuch „Austria A“ eröffneten, dann wären ungefähr 29 Milliarden Euro auf diesem Sparbuch gebunden. Und die jährliche Budgetbelastung für die subventionierten Sparzinsen beliefe sich auf ungefähr 580 Millionen Euro.

Diese geschätzten Kosten von nicht mehr als 600 Millionen Euro machen aber nicht mehr als 10 Prozent der jährlichen Zinsgewinne der öffentlichen Hand aus.

7. Ein Aufschrei leidgeprüfter Sparbuchbesitzer!

Sparbücher mit tollen Zinsen gehören einer aussterbenden Gattung an. Aber niemand fühlte sich bisher zu ihrer Rettung berufen.

In den letzten zehn Jahren haben unsere Sparguthaben ungefähr 18 Prozent (ungefähr einem Fünftel) ihrer Kaufkraft eingebüßt. In weiteren zehn Jahren werden es bei der zu erwartenden Null- bzw. Minuszinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und bei einer jährlichen Inflationsrate von zwei Prozent sogar 33 Prozent (einem Drittel) sein. Und 2038 hat sich dann unser Sparvermögen praktisch halbiert.

Mit anderen Worten: Mit einer Hundert-Euro-Banknote werde ich dann – im Jahr 2038 - nur mehr Waren im Wert von 55 Euro kaufen können.

Sollte allerdings die Inflationsrate stärker als bisher ansteigen, dann wird unser Sparvermögen noch schneller dahinschmelzen.

Gibt es denn bei den Leitzinsen der EZB eine psychologische Grenze nach unten: -1, -2, -3 Prozent oder sogar mehr? Eigentlich nicht! Und eine darauf einsetzende Flucht ins Bargeld wird dann die EZB durch eine eigene „Bargeldsteuer“ zu verhindern wissen!

Ein drohender Zusammenbruch unseres Wirtschafts- und Finanzsystems - bereits in den nächsten Jahren - ist überdies nicht mehr auszuschließen.

Andere Euro-Staaten als Österreich und Deutschland haben Alternativen zur leidigen Sparbuch-Misere entwickelt: Beispielsweise Frankreich mit einem eigenen Sparbuch „Livret A“ – bis zu € 22.950,-- - mit einem Zinssatz von 0,95 Prozent p.a. (Stand September 2019) oder Malta mit dem Angebot von fünfjährigen Anleihen für seine älteren Bürger mit drei Prozent garantierter Zinsen jährlich.

Wir, die Bürger unseres Landes, verlangen, dass die öffentliche Hand österreichischen Staatsbürgern ihre privaten Sparguthaben bis € 50.000,- pro Person jeglichen Alters mit zwei Prozent (Nettozinsen) jährlich subventioniert.

Sei es, dass im Rahmen einer eigenen jährlichen Sparzinsenrückerstattungsveranlagung eine Zinsgutschrift in der Höhe des obigen Vorschlages ausgestellt wird. Oder sei es durch ein eigenes Sparbuch „Austria A“ mit dem von der öffentlichen Hand garantierten Zinssatz von zwei Prozent (KESt.-frei).

Eine solche Aktion würde nicht nur zur Rettung unserer Sparbücher führen, sondern wäre für jüngere Generationen auch ein attraktives Angebot, um mit jährlichen Sparbeiträgen fürs Alter vorzusorgen.

Diese Aktion „Rettung unserer Sparbücher und Aufbau einer Altersvorsorge“ würde vorerst das Budget des österreichischen Staates mit jährlich ungefähr 600 Millionen Euro belasten. Und für die Bundesrepublik Deutschland sind ungefähr sechs Milliarden Euro jährlich zu veranschlagen.

Bezüglich ihrer Finanzierung sei nur darauf verwiesen, dass sich der österreichische Staat jährlich ungefähr sechs Milliarden Euro an Zinsen für die Schulden der öffentlichen Hand (Bund, Länder und Gemeinden) erspart, die bei einem Zinsniveau des Jahres 2007 angefallen wären. Und die jährliche Ersparnis in der Bundesrepublik Deutschland liegt bei ungefähr 55 Milliarden €.

Es ist daher nur recht und billig, wenn ein kleiner Teil dieser „windfall“-Gewinne (nicht mehr als zehn Prozent) an jene Bürger rückerstattet wird, deren Sparbücher durch die EZB geplündert wurden und weiterhin werden.

8. Was kann ich als direkt Betroffener dagegen unternehmen?

Eine Rückkehr zu Sparzinsen, die helfen, meinem Ersparten die Kaufkraft zu erhalten, wird und kann es auf lange Zeit im Euro-Raum nicht mehr geben. Diese führe zu einer Verteuerung der Kredite (Erhöhung der Kreditzinsen) und hätte einen Zusammenbruch von Staaten und Unternehmen sowie die Insolvenz vieler privater Kreditnehmer zur Folge. Ein Anheben der Leitzinsen würde überdies auch keine Erhöhung der Sparzinsen nach ziehen. Dazu ist bereits zu viel billiges, von der EZB geschaffenes Geld im Umlauf.

Von der neuen Bundesregierung ist auch keine Hilfe zu erwarten. Sie profitiert ja mit den null Zinsen für ihre Staatsanleihen von der für uns Sparer ruinöse Politik der EZB.

Es hat auch keine andere politische Partei die Rettung der Sparbücher auf ihrer politischen Agenda. Weder in Österreich noch in Deutschland!

Wir müssen schon selbst um unsere Sparbücher kämpfen!

Die Einleitung eines Volksbegehrens „Rettung unserer Sparbücher“ bietet sich hierzu an.

Vorab ein paar erläuternde Bemerkungen zur derzeitigen Rechtslage von Volksbegehren in Österreich:

- Es sind 8.401 Unterstützungserklärungen notwendig, damit überhaupt ein Volksbegehren eingeleitet werden darf.
- Wenn bei einem Volksbegehren, deren Eintragsfrist lediglich eine Woche beträgt, 100.000 Stimmen erreicht werden, dann muss dieses im Parlament behandelt werden.
- Ab 2022 ziehen mehr als 900.000 Unterstützer eine verbindliche Volksabstimmung nach sich. Diese Regelung wurde noch 2017 unter der ÖVP/FPÖ-Regierung festgelegt und soll 2022 im Parlament beschlossen werden.

Das Ziel eines solchen Volksbegehrens muss - unabhängig von der jeweiligen Rechtslage – sein, über 900.000 Unterstützer zu erreichen. Nur dann ist eine ernsthafte Behandlung im Parlament zu erwarten. Bis dahin ist es aber ein langer Weg!

Vorerst muss aber das Sparbuchthema popularisiert werden. Die Menschen müssen sich vor allem der Problematik bewusst werden und realistische Alternativen dazu erkennen.

Um aber eine solche Kampagne zur Rettung unserer Sparbücher erfolgreich zu führen, bedarf es einer Vielzahl von Mitstreitern, die aber viel bewirken können. Gemeinsam sind wir stark!

Ihre konkreten Beiträge dazu:

- Leiten Sie unsere E-Mails und Broschüren an Freunde, Verwandte und Bekannte weiter und diskutieren Sie darüber. Vervielfältigen Sie auch unsere Infoschriften und geben sie diese weiter.
- Teilen und kommentieren Sie unsere Facebook-Postings zu diesem Thema und treten Sie der Facebook-Gruppe „Freunde der 5 – Sterne für Österreich“ bei, um auch untereinander vernetzt zu sein.
- Empfehlen Sie die 5-Sterne-für-Österreich Website und unsere Youtube-Videos weiter.
- Bilden Sie an Ihrem Wohnort und unter ihren Freunden informelle Gruppen, um konkrete Aktionen zu planen und durchzuführen sowie einfach Spaß zu haben. Informieren Sie uns darüber!
- Damit wir Sie zukünftig mit Informationen und Vorschlägen schnell und direkt versorgen können, übermitteln Sie uns Ihre postalische Anschrift, Ihre E-Mail-Adresse sowie Ihre Handy-Nummer (WhatsApp-tauglich?). Entweder über das Kontaktformular der 5- Sterne-Website, über die 5-Sterne-E-Mailadresse oder auch postalisch. Unsere Postanschrift: Dr. Kurt Traar, Utendorfsgasse 6-16/6, 1140 Wien.
- Kampagnen, wenn sie erfolgreich sein wollen, erfordern umfangreiche wie auch kontinuierliche organisatorische Arbeiten, die sehr kostenintensiv sein können.

Spenden Sie – entweder als Einmalsspende oder auch als Dauerauftrag - und zwar auf das Konto des gemeinnützigen und nicht auf Gewinn ausgerichteten 5–Sterne-für-Österreich–Vereines zur Förderung direkter Demokratie und sozialer Bewegungen. Die Funktionäre des Vereines arbeiten ehrenamtlich mit! Sie können auch Mitglied des Vereines werden. Die Mitgliedschaft ist überdies gratis. Nähere Informationen dazu: entweder über das Menü der Website „Spenden und Mitgliedschaften“ oder durch das Übersichtsblatt.

- Und last but not least: Wir suchen auch ehrenamtliche Mitarbeiter. Melden Sie sich doch: entweder per E-Mail oder auch postalisch. **Dankeschön!**

Die Anschrift unsere Website, unsere E-Mail-Adresse, Angaben zum Spendenkonto, Aufruf unseres Youtube-Kanals sowie andere nützliche Hinweise über uns können Sie dem Infoblatt auf der Rückseite dieser Broschüre entnehmen.



Website: <https://www.5-sterne-oesterreich.at>

E-Mail: fuenf-sterne-oesterreich@hotmail.com

Youtube-Kanal: 5 Sterne für Österreich

Facebook: 5 Sterne fuer Oesterreich Partei

Verein: 5-Sterne-für-Österreich

Spendenkonto: 5 Sterne für Österreich

IBAN-Code: AT59 2011 1841 2117 6600

BIC-Code: GIBAATWWXXX (nur bei Überweisungen aus dem Ausland anführen)